

Berthold Huber

Erster Vorsitzender



Pressestatement – Auftaktveranstaltung Kampagne Leiharbeit

Frankfurt, 09. April 2008

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf Sie ganz herzlich hier im Main-Forum der IG Metall begrüßen.

Wir wollen ihnen heute die bundesweite Kampagne der IG Metall

„Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ vorstellen.

In den letzten Monaten wurde in Medien und Politik über die Verunsicherung der Menschen in Deutschland diskutiert. Diese Verunsicherung über die eigene Zukunft ist nicht auf Arbeitslose beschränkt, sondern sie reicht bis weit in die Mittelschichten hinein.

Während sich in den 80er Jahren noch 40 % der Bevölkerung „keine Sorgen“ über ihre Zukunft machten, sehen das jetzt nur noch 23 % so – trotz Aufschwung. Und spiegelbildlich hat der Anteil derjenigen, die sich „große Sorgen“ machen, um mehr als 16 Prozentpunkte auf rund 45 % zugenommen.

Dies sind die Ergebnisse einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Und das DIW sagt auch, dass die Sorge um die Zukunft einen „historischen“ Höchststand erreicht hat – und auch dies trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung in den letzten Jahren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verunsicherung hat sicherlich viele Namen, aber ein Name lautet sicher: Leiharbeit.

Leiharbeit ist vielen Betrieben auch für die Stammbeschaften unmittelbar erfahrbar.

Gleiche Arbeit, aber unterschiedliche Entlohnung, unterschiedliche Urlaubsansprüche und insgesamt unterschiedliche Arbeits- und Entlohnungsbedingungen.

An den Befunden der Verunsicherung und der Ungerechtigkeit wird die IG Metall in ihrer bundesweiten Kampagne ansetzen.

Wir werden mit dieser Kampagne selbst aktiv und wir haben Forderungen auch an die Politik. Wir wollen Leiharbeit begrenzen, wo Missbrauch stattfindet und wir wollen Leiharbeit gestalten, wo sie weiterhin geleistet wird. Wir lehnen Leiharbeit nicht grundsätzlich ab, aber wir wollen Missbrauch verhindern und Leiharbeit fair gestalten.

Und die Politik hat eine Bringschuld. Bei der Novellierung der

gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Leiharbeit Anfang 2003 war es nicht die Absicht des Gesetzgebers, Leiharbeit zu einem Erpressungsinstrument von Belegschaften zu machen und es war auch nicht Absicht, Leiharbeit zu einem Hauptinstrument betrieblicher Personalpolitik zu machen, mit dem tarifliche Standards systematisch untergraben werden. Und das finden wir in vielen Unternehmen.

Diesem Missbrauch muss der Gesetzgeber Grenzen setzen.

Die IG Metall wird jedenfalls dort, wo sie Verantwortung trägt und die Durchsetzungsmacht besitzt, den Grundsatz „Equal pay“ umsetzen. Dabei können wir schon heute auf einige Erfolge verweisen: BMW, Audi und KION sind drei Unternehmen, in denen wir „Equal pay“ Vereinbarungen getroffen haben. Diesen Weg werden wir in den nächsten Monaten fortsetzen. In möglichst vielen Fällen wollen wir faire Bedingungen für Leiharbeiter erreichen und der Ausbeutung der Leiharbeiter Grenzen setzen.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit und nun Detlef Wetzel.